

# Kali-Streit: Kreistags-Mehrheit will Druck abperlen lassen

SPD und CDU stellen Fahrplan bis zur Wasser-Entscheidung vor – aber keinen Zeitplan

Von Tarek Abu Ajamieh

**Giesen/Kreis Hildesheim.** Kein Einknicken vor politischem Druck, stattdessen Gespräche mit Ministern, Besuche im Bergwerk und öffentliche Anhörungen für Betroffene: Die Kreistags-Mehrheit von SPD und CDU hat deutlich gemacht, dass sie sich bei ihrer Entscheidung über eine Erlaubnis zur Einleitung von Salzabwasser in die Innerste am Giesener Kali-Bergwerk von niemandem hetzen lassen will, sondern die Zeit in Anspruch zu nehmen gedenkt, die sie für nötig hält.

Wann der Kreistag zu einer Entscheidung kommt, ist damit völlig offen – und damit auch, wann überhaupt feststeht, ob der Düngemittel-Konzern Kali + Salz (K+S) sein Giesener Bergwerk wieder in Betrieb nehmen darf oder nicht.

Wie berichtet ist für die Einleitung von Salzabwasser in den Fluss eine wasserrechtliche Genehmigung erforderlich, die das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) sowie der Landkreis einvernehmlich erteilen müssen. Darin können sie Bedingungen, Grenzwerte oder auch eine vollständige Ablehnung formulieren. Unter dem früheren Landrat Reiner Wegner beharrte die Kreisverwaltung darauf, selbst für diese Genehmigung zuständig zu sein. Der Kreistag hat das letzte Wort jedoch mit großer Mehrheit an sich gezogen, der neue Landrat Olaf Levenon wehrt sich nicht dagegen. Das Thema hat das Potenzial, die Entscheidung über das Bergwerk an sich auf Jahre hinaus zu verzögern.

Das ist für die Große Koalition im Kreistag allerdings kein Kriterium. Sie strebt eine möglichst gerichtsfeste Entscheidung an und plant dazu umfangreiche Aktivitäten. Unter anderem will sie mit den niedersächsischen Ministern für Wirtschaft und Umwelt, Olaf Lies (SPD) und Stefan Wenzel (Grüne) reden, die bei dem Thema bekanntlich alles andere als einer Meinung sind.

Eine Stellungnahme wollen SPD und CDU zudem vom Bundesumweltministerium haben. Zudem la-



den sie zu einem Hearing die Firma K-Utec ein, die alternative Techniken zum Aufschütten weiterer Kaliberge entwickelt hat. Das Unternehmen soll darlegen, ob seine Techniken auch in Giesen zum Einsatz kommen könnten. Außerdem wollen Vertreter beider Kreistagsfraktionen den Schacht in Augenschein nehmen und planen öffentliche Anhörungen für Bürger, Gemeinden und Verbände, die von dem Bergwerk betroffen sind.

SPD und CDU betonten in einer aktuellen gemeinsamen Erklärung,

▲ **Regen fiel gestern Nachmittag auf den grau verhangenen Kaliberg bei Giesen. Darf Kali und Salz künftig salzhaltiges Abwasser in den Fluss ableiten – in dieser Frage will sich der Kreistag nicht unter Zeitdruck setzen.**

FOTO: HARTMANN

sie stünden der Wiederinbetriebnahme angesichts der wirtschaftlichen Perspektiven – K + S spricht von rund 500 Arbeitsplätzen und Investitionen im mittleren dreistelligen Millionenbereich – positiv gegenüber. „Wirtschafts- und umweltpolitische Aspekte dürfen im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung unserer Region aber nicht gegeneinander ausgespielt werden“, heißt es weiter. Es gelte, unterschiedliche Positionen mit gegenseitigem Respekt voneinander abzuwägen.

In diesem Zusammenhang übten SPD und CDU noch einmal scharfe Kritik an einem internen Papier aus dem Wirtschaftsministerium, demzufolge eine Genehmigung nach den Wünschen von K+S bevorstehe und in dem der Landkreis scharf kritisiert wurde, weil er sich mit seinem Votum zum Wasser so viel Zeit lassen. Dass dieses Papier öffentlich geworden sei, sei „ein unzulässiger Versuch, die Meinungsbildung im Landkreis Hildesheim zu beeinflussen und Druck auf die Entscheidungsfindung auszuüben“.